



17.10.2019 Baselland ⌚ 3 Minuten Lesedauer

## Schulen sollen LGBTQ-Jugendliche mehr unterstützen

Aufklärung zu gleichgeschlechtlichem Sex: SP-Landrätin Miriam Locher will Schulen stärker in die Pflicht nehmen.



SP-Landrätin Miriam Locher: «In den Schulen besteht Handlungsbedarf». Bild: zvg

von **Oliver Sterchi**

Wer einer sexuellen Minderheit angehört, hat ein erhöhtes Risiko, physisch oder psychisch zu erkranken. Homo- und bisexuelle Jugendliche in der Schweiz zeigen häufiger Anzeichen von Depressionen und sind einer erhöhten Suizidgefahr [↗](#) ausgesetzt.

Zudem sind solche Menschen regelmässig Zielscheibe von homo- oder transphober Gewalt, auch in der Schweiz. Erst letzten Monat wurde ein schwules Paar nach einem Clubbesuch in Zürich [↗](#) verprügelt.

Immerhin: politisch scheint sich hierzulande etwas zu tun. In diversen Kantonen wurden in den letzten Monaten Vorstösse zur Verbesserung der Situation von LGBTQIA\*-Menschen eingereicht. Unter dem etwas sperrigen Kürzel werden sexuelle Orientierungen wie Homo-, Trans- oder Intersexualität zusammengefasst.

So überwies das Bundesparlament Ende September einen Vorstoss der Baselbieter SP-Nationalrätin Samira Marti, in dem sie fordert, den Gesundheitszustand von Lesben, Schwulen und Bisexuellen besser erforschen und dokumentieren zu lassen.

## «Der Sekundarschule kommt eine besondere Bedeutung zu»

Auch im Baselbiet scheint die Politik für die Thematik sensibilisiert zu sein. Der Landrat überwies kürzlich ein Postulat von SP-Landrätin Miriam Locher, das auf die statistische Erfassung von sogenannten «Hate Crimes» gegenüber sexuellen Minderheiten zielt.

Locher, die sich schon länger für die Anliegen von LGBTQIA\*-Menschen einsetzt, hat nun diese Woche erneut einen Vorstoss dazu eingereicht.

Die Interpellation mit dem Titel «Unterstützung für LGBTQIA\*-Jugendliche» thematisiert eine besonders vulnerable Gruppe: junge Menschen, die gerade ihre Sexualität entdecken und dabei, gemäss Locher, oft nicht die nötige Unterstützung seitens der Schule erhalten.

## «Die Lehrpersonen sind oft zu wenig sensibilisiert».

*Miriam Locher, SP-Landrätin*

«Es besteht ein ausgewiesenes Interesse seitens der Jugendlichen, in diesem Bereich mehr Informationen zur Verfügung gestellt zu bekommen», heisst es in der Interpellation.

Locher will von der Regierung unter anderem wissen, ob die Baselbieter Schulen Stand heute systematisch Informationen zu den Themen gleichgeschlechtlicher Sex, der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität zur Verfügung stellen.

«Ich möchte mit meiner Interpellation zunächst mal den Status Quo eruieren. Basierend auf dieser Grundlage kann ich dann weitere Vorstösse einreichen, um, wo nötig, gezielt Verbesserungen zu erwirken», sagt Locher auf Nachfrage von Prime News.

Gerade auf Stufe Sekundarschule sei es wichtig, dass die Jugendlichen umfassend über diesen Themenkomplex aufgeklärt würden, so die SP-Politikerin. «Es gibt zwar schon einen Aufklärungsunterricht. Aber die Lehrpersonen sind oft zu wenig sensibilisiert, wenn es um gleichgeschlechtlichen Sex oder Geschlechteridentitäten geht», sagt Locher.

Besonders für Jugendliche, die aus einem konservativen Umfeld stammen, sei es wichtig, dass die Schule einen Raum öffne, um sich mit der eigenen Sexualität auseinanderzusetzen.

## **Jugendorganisation begrüsst Vorstoss**

Der Verein «Milchjugend» ist die grösste Organisation für LGBTQIA\*-Jugendliche in der Schweiz. Dort begrüsst man den Vorstoss von Miriam Locher: «Bezüglich Information und Beratung gibt es innerhalb der Schulen eindeutig Besserungsbedarf», sagt Vorstandsmitglied Tobias Urech auf Anfrage von Prime News.

Viele Lehrpersonen seien diesbezüglich nämlich kaum oder gar nicht geschult, so Urech.

Die «Milchjugend» wird regelmässig in Schulklassen eingeladen, um Schülerinnen und Schüler zu beraten. «Dies geschieht aber stets auf Eigeninitiative von einzelnen Lehrpersonen», betont Urech.

Er stelle aber dennoch fest, dass das Interesse an der Thematik gestiegen sei: «Wir kriegen vermehrt Anfragen von Schulen und von Schülerinnen und Schülern, die Homo- oder Transphobie im Alltag erleben».

Dennoch: «Wir sehen die staatlichen Institutionen in der Pflicht, die angehenden Lehrpersonen entsprechend auszubilden und gut zugängliche Beratungsangebote bereitzustellen», fordert Urech.



## Oliver Sterchi

stellvertretender Chefredaktor

[Mehr über den Autor](#)

# Noch keine Kommentare

## Weitere Artikel

17.10.2019 Politik  
🕒 5 min

### Im Grossen Rat wird doch gearbeitet

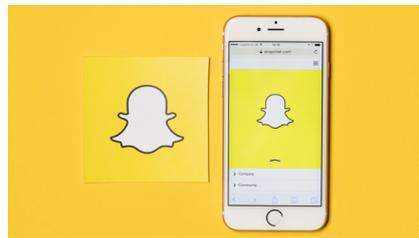


*Auf meinen Kommentar über den ersten Grossratsbesuch hagelte es viel Kritik von Politikern. Nun folgte die Versöhnung.*

von Melina Schnei...

17.10.2019  
faktischversichert 🕒 1 min

### Snaptchat zählt in der Schweiz 1.4 Mio. aktive User



Damit sind 16 Prozent aller Schweizerinnen und Schweizer auf dem Instant-Messaging-Dienst unterwegs.

von Baloise

15.10.2019 Basel  
🕒 5 min

### Linksextreme missbrauchen Kurden-Demo in Basel



Recherchen zeigen: Bis zum Freitag sollen jeden Abend Protestumzüge stattfinden. Politiker planen derweil eine Resolution.

von Christian Keller

🗨️ 4